

Positionspapier: Für Präsenzlehre und ein Solidarsemester im Studium Soziale Arbeit / Sozialpädagogik!



In einem Studium Soziale Arbeit / Sozialpädagogik sollten angehende Sozialarbeiter:innen für eine zivile, soziale und demokratische Arbeit und den Einsatz für eine sozial gerechte Gesellschaft vorbereitet werden. Eine solidarische Haltung, die Förderung von Mündigkeit sollte schon während des Studiums erlebbar sein. Wie sonst sollten diese Kompetenzen entwickelt werden und später einfließen können in eine respektvolle und kooperative Arbeit mit den Adressat:innen und Nutzer:innen?

Kann dies ein Online-Studium Soziale Arbeit, wie es in Planung ist? Die Antwort ist: Nein!

In der Disziplin der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik, in der Lehre, wie in Forschung, werden seit einiger Zeit grundlegende Konflikte um einen [schleichenden Verlust an Qualität und Reflexivität](#) geführt. Diese Konflikte verschärfen sich gerade und werden entlang der Frage geführt, ob die Hochschulen wieder geöffnet werden sollen und wofür, bzw. ob die Hochschulen als letzte Institution (nach Schulen und Kindergärten) als reine „online-Semester“ weitergeführt werden.

Für die Soziale Arbeit geben die aktuellen Planungen Anlass zu großer Sorge und entsprechend kritischer Aufmerksamkeit, denn die Erfahrung eines **kritisch innovativen** (d.h. nicht angepassten, nicht rein berufstüchtigen), **forschenden** (d.h. nicht wiederkäuenden), **generalistischen und interdisziplinären** (d.h. nicht „fachidiotischen“) Studiums sind elementar. Eine Reduzierung auf Online-Lehre untergräbt grundlegende Anforderungen an die Qualität des Studiums Soziale Arbeit. Der Einsatz digitaler Medien kann, wenn vernünftig und gezielt umgesetzt, Erkenntnisprozesse unterstützen, wesentlich und unersetzlich bleiben aber persönliche Lern- und Lehrbeziehungen, lebendige und kontroverse Diskurse.

Es gibt Profiteure, die die schwierigen Umstände als Chance sehen, ihre Interessen durchzusetzen: Die vorwiegend eindimensionale, online durchgeführte Wissensvermittlung findet z.B. Unterstützung von der [TU9Allianz](#), ein Zusammenschluss führender Technischer Universitäten und von Think Tanks wie der [Bertelsmann Stiftung und deren Hochschulforum Digitalisierung](#). Sie stehen für eine neoliberale, auf die wirtschaftliche Effizienz reduzierte Bildungspolitik (Unternehmerische Hochschule).

Soziale Bildung braucht soziales Miteinander. Zurück zur Präsenzlehre im Studium Soziale Arbeit

Die Situation vieler Studierender ist geprägt von fehlendem Bafög, fehlenden Nebenjobs, wachsenden Schulden und Vereinzelung; siehe beispielhaft diese [Petition von ver.di TVSTUD Bremen](#). Das Betretungsverbot der Hochschulen für Studierende, sogar für ihre Interessensvertretungen, schränkt demokratische Beteiligungs- und Organisationsrechte massiv ein. Währenddessen wird Selektions- und Konkurrenzdruck in Massenprüfungen beibehalten: Prüfungen statt Bildung? In einigen Studiengängen Soziale Arbeit werden sogar die Studienanfängerzahlen zum Wintersemester erhöht, was angesichts des Fachkräftemangels unter anderen Umständen ja durchaus zu begrüßen wäre. Online-Lehre scheint bei Studiengangsleitungen paradoxerweise zu Entlastung zu führen, aufgrund der schon „vor Corona“ bestehenden knappen Raum- und Personalkapazitäten.

Eine evidenzbasierte Begründung für das Fortsetzen der Hochschulschließungen fehlt, denn es wäre viel mehr möglich, „trotz Corona“, als bisher versucht wird.

Es ist möglich, wie in den Schulen, mit erhöhter Aufmerksamkeit Aller füreinander, die Lehrveranstaltungen in Präsenz stattfinden zu lassen. Soziale Sicherheit ist dafür notwendig und kann

geschaffen werden. Geld ist genug da. Es könnten größere Räume zum Einsatz kommen, mehr Exkursionen, kleinere Gruppen, alternierende Lehrzeiten u.v.m.. Gerade an Hochschulen sollte es nicht an Ideen und Ansätzen fehlen. Stattdessen wird die Online Lehre als das "non plus ultra" gesetzt und "Corona" als Vorwand benutzt, bildungspolitische Fehlentwicklungen auch noch administrativ zu verfestigen. - 4000 Professoren*innen und Lehrkräfte haben in einem Offenen Brief die Rückkehr zur (eingeschränkten) Präsenzlehre ab WS 2020/21 gefordert: <https://www.praesenzlehre.com/> Es ist bedenklich, dass der Wissenschaftsapparat, die Uni-Rektorate und die Medien darauf eher diskreditierend reagiert haben und die vielen gute Argumente oftmals ignorieren.

Folgen für sozialpädagogische Praxis

könnten sinkende Kompetenzen zur Infragestellung bestehenden Wissens und praktizierter Methoden sein, schwindende Eigenständigkeit und Innovationsfähigkeit. Viele Abgänger:innen laufen nach dieser Schmalspur-Ausbildung Gefahr, in einen Praxisschock voller Fehler zu geraten und sich nicht gegen schlechte Entlohnung und Arbeitsbedingungen, sowie bedrohte Fachlichkeit zur Wehr setzen zu können. Die Sichtweisen und die Interessen der Adressaten und Nutzer*innen Sozialer Arbeit, wie auch angemessene Reaktionen auf neue gesellschaftliche Herausforderungen drohen unterzugehen. Seit Jahren schon sind in der Kinder- und Jugendhilfe zunehmende Tendenzen der Überbetonung eingriffsorientierten Kinderschutzes und nicht-kooperativer Methoden zu beobachten, was zu einer fachlich umstrittenen Verdoppelung der Herausnahme von Kindern aus ihren (meist ärmeren) Familien zwischen 2005 und 2015 geführt hat. Das ging einher mit einer Schwächung der allgemeinen Prävention auf allen Ebenen, noch angefeuert von den "Spar-Runden" der klamm gehaltenen Kommunen, meist im Bereich der niedrigschwelligen, beratenden und offenen Angebote Sozialer Arbeit. Die aktuelle Krise darf nicht dazu führen, dass diese falschen Entwicklungen noch weiter verstärkt werden.

Viele Studierende und Lehrende sind mit dieser Situation nicht zufrieden und versuchen mit ihren Mitteln das Beste aus der Situation zumachen. Die gegenwärtige rein digitale Lehre ist aber das Gegenteil von dem, was das Beste sein könnte. Wir dürfen bei aller Krise nicht unsere Ansprüche an Wissenschaft, Bildung und einer kritischen Fachlichkeit aus den Augen verlieren.

Daher fordern wir von den Wissenschaftsminister:innen, den Landesregierungen und den Hochschulleitungen:

- 1) Soziale Grundlage sichern.** Die Einrichtung einer angemessenen sozialen Unterstützung der Studierenden – restriktionsfrei 900 € monatlich als Vollzuschuss. In diesem Sinne sind auch Gebühren durch Universität und Studierendenwerk zu erlassen.
- 2) Bildung braucht Präsenz.** Alle ab dem Sommersemester 2020 erbrachten Studienleistungen müssen ohne Einschränkungen in einem regelhaften Semester wiederholt werden können. Das Wintersemester sollte weitestgehend in Präsenz stattfinden.
- 3) Mensen und Bibliotheken sind Grundlage für Wissenschaft.** Die Öffnungszeiten der wissenschaftlichen Bibliotheken sowie der Mensen sind wieder dem Betrieb anzugleichen.
- 4) Ausweitung des prüfungs- und benotungsfreien Lernen und Lehrens.** Die Fristen im Studium und beim Studierendenwerk, für BAföG und Krankenkassen, bei Ämtern und der Ausländerbehörde usw. sind für ein Jahr auszusetzen. Es braucht eine „Freischuss-Regelung“ für alle Prüfungen. Wer mit der jetzigen Benotung in Prüfungen unzufrieden ist, sollte sie auf eigenen Willen wiederholen können. Die konkurrenzschürende Prüfungslast muss dauerhaft drastisch reduziert werden.